

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Berlin, Oranienstraße 164, 10969 Berlin

An:
Decolonize Berlin e.V.

Lausitzer Str. 10

Aufgang A

10999 Berlin

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Berlin

Nina Stahr und Philmon Ghirmai
Landesvorsitzende

Landesgeschäftsstelle
Oranienstraße 164
10969 Berlin

Kontakt für Rückfragen:
wahlpruefsteine@gruene-berlin.de

Berlin, 25. August 2026

Antworten von Bündnis 90/Die Grünen Berlin auf die Wahlprüfsteine von Decolonize Berlin e. V. und RAA Berlin e. V. zur Abgeordnetenhauswahl 2026

Änderungen oder Kürzungen des Wortlauts bedürfen erneuter Freigabe.

1. Welche Schritte werden Sie unternehmen, um die UN-Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft (2025–2034) im Berliner Koalitionsvertrag verbindlich zu verankern? Unterstützen Sie die Einrichtung einer Beauftragtenstelle für anti-Schwarzen Rassismus, und welchen Auftrag soll sie erhalten?

Ja, wir wollen die 2. UN-Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft in Berlin verbindlich umsetzen und die in der ersten Dekade aufgebauten Strukturen und Maßnahmen verstetigen. Dazu gehört für uns die Ernennung einer oder eines Landesbeauftragten gegen anti-Schwarzen Rassismus. Gemeinsam mit Schwarzen, afrikanischen und afrodiasporischen Communitys wollen wir eine ressort- und bezirksübergreifende Gesamtstrategie mit Maßnahmen- und Aktionsplan bis 2034 entwickeln. Offene Empfehlungen aus dem bisherigen Konsultationsprozess sollen weiter umgesetzt, Community- und Selbstorganisationsstrukturen sowie Schutz- und Empowermenträume nachhaltig gestärkt werden. Die Umsetzung soll regelmäßig durch den Berliner Senat evaluiert und dazu gegenüber dem Abgeordnetenhaus berichtet werden.

2. Werden Sie sich für die langfristige Finanzierung und den bedarfsgerechten Ausbau von Clearingstellen einsetzen, um den Zugang zur Gesundheitsversorgung für Menschen ohne ausreichenden Krankenversicherungsschutz sicherzustellen?

Antwort: Wir setzen uns für ein diskriminierungsfreies Gesundheitssystem ein, das diversitäts- und rassismussensible Forschung fördert, die Erkenntnisse in die Ausbildung des Gesundheitspersonals integriert und communitybasierte Projekte nachhaltig unterstützt. Die 2018 u. a. von uns Grünen eingerichtete und von der Berliner Stadtmission

betriebene Clearingstelle richtet sich an Menschen ohne Versicherung und an Menschen ohne Papiere. Die Clearingstelle arbeitet sehr erfolgreich. Wir wollen sie weiterhin finanziell und personell stärken und sorgen dafür, dass Clearing und Gesundheitsangebote in Obdachloseneinrichtungen, vor allem aber auch beim Konzept „Housing First“ systematisch mitgedacht und implementiert werden. Ein zentraler Baustein einer gerechten Gesundheitsversorgung ist auch die diversitäts- und kultursensible Ausrichtung der Angebote durch Information, Wissen und Nutzung digitaler und analoger Sprachmittlungsmöglichkeiten. Die Versorgung von Menschen mit Fluchterfahrung soll hier besonders im Fokus stehen.

3. Welche verbindlichen Maßnahmen wird Ihre Partei zur Bekämpfung strukturellen Rassismus und zur Dekolonisierung von Staat und Institutionen umsetzen, insbesondere zu Racial Profiling, Anti-Rassismus-Trainings und nachhaltiger Finanzierung?

Antwort: Struktureller und institutioneller Rassismus muss sichtbar gemacht und konsequent bekämpft werden. Wir wollen dafür eine ressortübergreifende Antidiskriminierungs- und Diversitätsstrategie entwickeln, gesellschaftliche Handlungsfelder und Institutionen auf strukturelle Diskriminierung prüfen und klare Zuständigkeiten auf Landes- und Bezirksebene verankern. Den Berlin-Monitor wollen wir wieder jährlich veröffentlichen und eng mit der Zivilgesellschaft abstimmen. Das LADG werden wir gemeinsam mit der Zivilgesellschaft weiterentwickeln und seine Durchsetzungsstrukturen stärken. Racial Profiling lehnen wir ab. Diskriminierungs- und rassismuskritische Aus- und Fortbildungen wollen wir im öffentlichen Dienst verbindlich stärken.

Zugleich wollen wir die bestehenden Strukturen zur Aufarbeitung des Berliner Kolonialismus sichern und Dekolonisierung als ressortübergreifende Aufgabe weiterführen. Beratungs-, Empowerment- und Selbstorganisationsstrukturen wollen wir nachhaltig absichern und ausbauen. Dazu gehört auch das Schwarze Community-Zentrum. Betroffene Communities müssen an Entwicklung, Umsetzung und Evaluation dieser Maßnahmen verbindlich beteiligt werden.

4. Wie wollen Sie das Berliner Erinnerungskonzept „Kolonialismus erinnern“ umsetzen und zentrale wie dezentrale Erinnerungsorte dauerhaft sichern? Unterstützen Sie eine landesfinanzierte Bürgerstiftung als Trägerin des Konzepts?

Antwort: Wir sehen in der Vorlage des gesamtstädtischen Konzepts „Kolonialismus erinnern“ einen großen Erfolg und wichtigen Meilenstein für die Aufarbeitung kolonialen Unrechts und eine dekoloniale Erinnerungskultur. Umso entscheidender ist es aus unserer Sicht, die darin empfohlenen Maßnahmen nun auch konsequent und zeitnah umzusetzen. Deshalb haben wir bereits in den letzten Haushaltsberatungen gegenüber den Berliner Regierungsfractionen von CDU und SPD darauf gedrungen, im Haushalt 2026/27 entsprechende finanzielle Vorsorge zu treffen – leider vergeblich. Dabei ist klar, dass es (neben der Verstärkung und Ausweitung der Finanzierung der Arbeit der Koordinierungsstelle von Decolonize Berlin e.V., der entsprechenden Stellen bei der Stiftung Stadtmuseum und den Zuwendungen an die Bezirksmuseen) zusätzliche Mittel in den verschiedenen Fachressorts und Institutionen braucht, um das Erinnerungskonzept auch tatsächlich ressortübergreifend umzusetzen. Dafür werden wir im Land Berlin

weiterhin eintreten. Gleichzeitig braucht es endlich ein Bekenntnis des Bundes zu einem zentralen Gedenk- und Lernort, wie ihn das vorliegende Erinnerungskonzept zurecht einfordert. Hier sehen auch wir die Notwendigkeit für eine rechtlich und fachlich eigenständige Akteurin in Form einer Stiftung oder vergleichbaren Strukturen. Bezüglich deren Ausgestaltung sind wir offen, allerdings immer unter der Voraussetzung, dass Zivilgesellschaft und Initiativen-Landschaft, Fachverbände und Wissenschaft angemessen beteiligt sind. Denn Deutschlands Kolonialvergangenheit samt deren Auswirkungen auf die Gegenwart kann nicht ohne oder gar gegen, sondern nur mit den diasporisch-postkolonialen Communities und den ehemals kolonisierten Gesellschaften aufgearbeitet und erinnert werden.

5. In Berlin befinden sich rund 10.000 menschliche Gebeine aus kolonialen Kontexten. Welche Schritte werden Sie – auch in der KSL - unternehmen, um Provenienzforschung und die Rückgabe der Ancestors nachhaltig zu finanzieren und zu unterstützen?

Antwort: Die Rückgabe von Human bzw. Ancestral Remains ist und bleibt für uns ein zentrales Anliegen. Wie für die Rückgabe von Artefakten und anderen Objekten aus kolonialen Unrechtskontexten braucht es auch hier verstärkte Forschung über die jeweilige Provenienz und Sammlungsgeschichte, im besten Fall in enger Kooperation mit wissenschaftlichen Akteur*innen aus den Herkunftsgesellschaften, aber auch eine Ertüchtigung bestehender, übergreifender Strukturen. Das gilt für die zentrale Kontaktstelle der Kulturstiftung der Länder ebenso wie für das Deutsche Zentrum Kulturgutverluste in Magdeburg. Wir setzen uns für eine Stärkung der relevanten institutionellen Akteur*innen ein, aber auch für eine Verstetigung und Regelfinanzierung der Provenienzforschung zu den unterschiedlichen musealen und medizinhistorischen Sammlungsbeständen, die bislang häufig nur durch Drittmittel und als Projektförderung geleistet werden kann. Provenienzforschung und Restitution muss – wie der Bereich Outreach und Vermittlung – endlich als integraler Bestandteil einer modernen Museums- und Archivarbeit anerkannt und entsprechend finanziert werden.

6. Wie wollen Sie sicherstellen, dass von Kolonialismus und Rassismus betroffene Communitys sowie zivilgesellschaftliche Initiativen dauerhaft an erinnerungspolitischen Entscheidungsprozessen beteiligt werden?

Antwort: Dekoloniale und antirassistische Politik kann nicht über die Köpfe der betroffenen Communities hinweg entwickelt werden. Wir wollen ihre Beteiligung deshalb frühzeitig, verbindlich und dauerhaft in politischen und erinnerungspolitischen Entscheidungsprozessen verankern. Der partizipative Ansatz des gesamtstädtischen Aufarbeitungs- und Erinnerungskonzepts muss auch bei dessen Umsetzung fortgeführt werden. Dazu wollen wir Community- und Selbstorganisationsstrukturen institutionell stärken und ausreichend ausstatten. Communityorganisationen sollen nicht nur punktuell konsultiert, sondern an Entwicklung, Umsetzung und Evaluation politischer Maßnahmen beteiligt werden. Diesen Ansatz verfolgen wir auch bei der Umsetzung der zweiten UN-Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft.

7. Werden Sie sich für eine unabhängige und weisungsungebundene Informations- und Beschwerdestelle für Kitas und Schulen nach den Empfehlungen von BeNeDiSK einsetzen?

Antwort: Ja, wir wollen unter dem Dach der LADG-Ombudsstelle eine unabhängige Beschwerdestelle gegen Diskriminierung an Schulen einrichten und die LADG-Ombudsstelle selbst als unabhängige Behörde stärken. Kinder, Jugendliche und ihre Familien brauchen niedrigschwellige und vertrauenswürdige Anlaufstellen, an die sie sich bei Diskriminierung wenden können, ohne Nachteile befürchten zu müssen. Die Erkenntnisse aus Beschwerdefällen müssen systematisch ausgewertet werden, um strukturelle Diskriminierung sichtbar zu machen und Prävention und Schulentwicklung zu verbessern. Für den Kitabereich wollen wir prüfen, wie ein entsprechend wirksamer und unabhängiger Beschwerdezugang gewährleistet werden kann.

8. Wie stellen Sie sicher, dass rassismuskritische und diversitätsorientierte Inhalte verbindlicher Bestandteil der Lehrkräfteausbildung sowie der Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften werden?

Antwort: Wir setzen auf diskriminierungskritische Schulentwicklung sowie Aus- und Fortbildungsangebote unter Einbezug der Zivilgesellschaft. Die ideologischen Angriffe des schwarz-roten Berliner Senats auf queere Bildung und Bildungsprojekte, die sich gegen Queerfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus richten, weisen wir entschieden zurück. Wir halten diese Projekte auch im Sinne der Prävention für zentral, um Akzeptanz, Diskriminierungssensibilität und Respekt unter Schüler*innen zu befördern, und werden sie weiter ausbauen. Damit stärken wir rassismuskritische und diversitätsorientierte Inhalte nicht nur in der Aus- und Fortbildung, sondern implementieren sie auch als festen Bestandteil einer modernen Schulkultur und damit als Teil des kontinuierlichen Professionalisierungsprozesses der Beschäftigten.

9. Werden Sie sich für verbindliche Antidiskriminierungsstrategien in allen Berliner Kultureinrichtungen einsetzen? Wie wollen Sie Diversitätsdaten, unabhängige Beschwerdestellen und diskriminierungsfreie Förderbedingungen konkret umsetzen?

Antwort: Ja, wir treten selbstverständlich für eine flächendeckende Umsetzung von unabhängigen Beschwerde- und Beratungsstellen sowie eine Diversitätsentwicklung der landesgeförderten Kultureinrichtungen ein. Neben den ohnehin bestehenden gesetzlichen Vorgaben nach dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) und dem Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG) braucht es aus unserer Sicht übergreifende Strukturen und Programme: Mit Diversity Arts Culture und dem Diversitätsfonds der Kulturverwaltung wurde in der letzten Wahlperiode mit Grüner Regierungsbeteiligung ein Anfang gemacht. Wir begrüßen auch das Pilotprojekt exkoBe und setzen uns für die Verstetigung dieser externen kollektiven Beschwerdestelle ein. Zugleich sollten gerade öffentliche Kultureinrichtungen die Vielfalt der Stadtgesellschaft in ihrer künstlerisch-kuratorischen und Programmarbeit auch abbilden – hier zeigen nicht zuletzt die Ergebnisse der sog. (Nicht-)Besucher*innenforschung einen klaren Handlungsauftrag. Der muss aus Grüner Sicht selbstredend auch die Diversität der Leitungen, Intendanten und Direktionen

im Kulturbetrieb umfassen, aber auch die Zusammensetzung von Jurys und Fachbeiräten in der künstlerischen Projektförderung.

10. Werden Sie sich für den Ausbau und die langfristige Förderung von Städtepartnerschaften mit dem Globalen Süden auf Landes- und Bezirksebene einsetzen? Wenn ja, wie?

Antwort: Ja, wir wollen Berlins internationale Zusammenarbeit stärken und Partnerschaften mit Städten und Regionen im Globalen Süden langfristig, verlässlich und auf Augenhöhe weiterentwickeln. Dabei dürfen diese Partnerschaften nicht allein wirtschaftlichen Interessen Berlins dienen. Im Mittelpunkt müssen gegenseitiger Austausch, gemeinsames Lernen und die gemeinsame Bewältigung globaler Herausforderungen stehen.

Dafür wollen wir auf bestehenden Kooperationen aufbauen, etwa den Austauschprogrammen mit Windhuk, Mexiko-Stadt und Jakarta, und diese verstetigen. Einen besonderen Schwerpunkt sehen wir bei Klima- und Nachhaltigkeitspartnerschaften. Berlin kann Erfahrungen beispielsweise bei erneuerbaren Energien, Wärmewende, nachhaltiger Mobilität und Kreislaufwirtschaft einbringen – und zugleich von den Erfahrungen und Lösungsansätzen seiner Partnerstädte lernen.

Auch die Zusammenarbeit mit dem indigenen Volk der Munduruku im Amazonasgebiet wollen wir stärken und zu einer dauerhaften Partnerschaft weiterentwickeln. Dabei geht es um einen Austausch auf Augenhöhe, den Schutz natürlicher Lebensgrundlagen und darum, indigene Perspektiven stärker in die internationale Zusammenarbeit Berlins einzubeziehen. Damit solche Partnerschaften funktionieren, brauchen sie verlässliche Strukturen. Deshalb wollen wir die Berliner Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit (LEZ) stärken und die Förderung entwicklungspolitischer Projekte im Landeshaushalt dauerhaft absichern.